



privater & öffentlicher Raum

- Aktionsprogramm der Piratenpartei Münster -
www.piraten-muenster.de

- Einsetzung eines städtischen Datenschutzbeauftragten, der für den Datenschutz verantwortlich ist & in kommunale Projekte eingebunden ist.
- Wahrung der informellen Selbstbestimmung, Datenvermeidung hat Vorrang vor Datenerhebung. Kürzestmögliche Fristen für die Aufbewahrung zwingend notwendiger Daten. Öffentliche, einfach zugängliche & klar verständliche Bereitstellung von Informationen darüber, wo die Stadt was über wen speichert & wie sie diese Daten schützt.
- Keine Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Festinstallierte Überwachungssysteme dürfen nicht über das Privateigentum hinaus filmen. Jeder Betreiber muss offen legen wie lange, wo & mit welchen Zugriffsrechten Bilder gespeichert werden. Entschlossenes Vorgehen gegen jede Kamera, die unerlaubt im öffentlichen Raum angebracht wird.
- Keine Überwachungskameras in Bussen & Taxen. Kameras verhindern keine Straftat & wirken sich negativ auf die Zivilcourage aus. Alternativen wie Deeskalationstrainings für Fahrer, mehr Busbegleiter auf kritischen Linien, "Panikknopf", Panzerglassscheibe, Notfall-Meldekette optimieren & beschleunigen, intensiverer Einsatz von Streifenwagen & Einsatzfahrzeug der Verkehrsleitstelle bieten effektive Sicherheit.
- Die Stadtwerke müssen in ihren Planungen stärker den Datenschutz beachten. Zum Beispiel muss bei den neuen Stromzähler gewährleistet sein, dass der Kunde entscheiden kann & weiss welche Daten gespeichert werden, private Daten sollen prinzipiell nicht an privatwirtschaftlichen Dienstleistungsfirmen weitergegeben werden.
- Der Einsatz von RFID-Chips in Büchereien soll unter datenschutztechnischen und -rechtlichen Aspekten überdacht werden. Der Nutzer muss vollständig über die Nutzung, Möglichkeiten & technischen Details aufgeklärt werden. Es muss deutlich werden, dass diese Technik eine kontaklose & unbemerkte Datenübertragung ermöglicht. RFID-Systeme sollen nur einen minimalen Datenbestand aufnehmen & müssen maximalen Sicherheitsstandards entsprechen.
- Die Stadt soll auch in Zukunft keine Wahlgeräte einsetzen. Eine nicht nachvollziehbare Manipulation wird nie auszuschließen sein.
- Der Rat soll für die Privatsphäre seiner Bürger einstehen & verlangen, dass in den Bildaufnahmen vom Projekt „Google Street View“ jede Person oder Personen zuordbare Gegenstände, zum Beispiel Autonummernschilder, generell anonymisiert wird.



Alle Inhalte stehen unter der Lizenz Creative Commons by-sa (Namensnennung und Weitergabe unter gleichen Bedingungen) solange sie nicht ausdrücklich anderweitig gekennzeichnet sind. Erstellt am 13.08.2009 & Layout geändert am 17.08.2009 von Pascal Powroznik. URL: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>